

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Der 27. Januar ist ein Tag des Gedenkens und Mahnens. So gedenken wir heute all der Opfer des Nationalsozialismus im Rahmen der „Euthanasie“ und Zwangssterilisation und legen einen Kranz an der Gedenkstätte T4 in Berlin nieder. Solche Taten dürfen nicht vergessen werden oder sich wiederholen!

Hintergründe über die Aktion T4¹

Auf der Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 wurde die Zwangssterilisation im Deutschen Reich für „angeborenen Schwachsinn“, „Schizophrenie“, „zirkuläres (manisch-depressives) Irresein“, „erbliche Fallsucht“, „erblichen Beitanz (Huntingtonsche Chorea)“, „erbliche Blindheit“, „erbliche Taubheit“, bei „schwerer erblicher körperlicher Mißbildung“ (Artikel 2 §1) sowie bei „schwerem Alkoholismus“ (Artikel 3 §1) ermöglicht.² Die Rechtfertigung dieser Eingriffe ging auf das eugenische Gedankengut des beginnenden 20. Jahrhunderts zurück.³⁴

Das Ermorden von Kranken im Nationalsozialismus bezog sich auf drei verschiedene Aktionen: So gab es die „Kinder-Euthanasie“ von 1939 bis 1945, die Aktion T4 (1940 – 1941) und die „dezentrale Euthanasie“ von 1942 – 1945.⁵

Im Rahmen der „Kinder-Euthanasie“ sollten ab August 1939 Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung an den „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“ gemeldet werden. Anschließend wurden die Betroffenen in den sogenannten „Kinderfachabteilungen“ durch Medikamentenüberdosierung oder Nahrungsentzug ermordet. Dies betraf ca. 5 000 Kinder.⁶

Über die Aktion T4 informiert seit September 2014 in der Tiergartenstraße 4 in Berlin eine Wanderausstellung.⁷ Dort stand ab 1940 die Organisationszentrale unter der Leitung von Dr. Karl Brandt und Philipp Bouhler. ⁸⁹Die Opfer wurden bis 1941 durch Kohlenmonoxid in sechs



Die "Gedenkstelle T4" in der Berliner Tiergartenstraße 4

1 Adaptiert aus dem 2017 von der Studentischen Initiative GeDenkOrt veröffentlichten Bericht „Damit wir nicht vergessen- Bericht zum jährlichen Gedenken der Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation -“ von Julia Augustin

2 Die Reichsregierung: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933. <http://www.documentarchiv.de/ns/erbk-nws.html>

3 Wunder, Michael: Was heißt Eugenik? In: Gedenkort T4; <http://gedenkort-t4.eu/de/gegenwart/was-heisst-eugenik> (02.09.2017; 17:32 Uhr)

4 Fittkau, Ludger; Gehring, Petra. 2008: Zur Geschichte der Sterbehilfe. In: Bundeszentrale für politische Bildung; 18.01.2008

5 Hoffmann, Ute. 2013: Zum Hintergrund. In: Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen Euthanasie und Zwangssterilisation. http://www.ak-ns-euthanasie.de/zum_hintergrund/ (02.09.2017; 17: 48 Uhr)

6 T4-Denkmal: „Kindereuthanasie“. <https://www.t4-denkmal.de/Kindereuthanasie> (02.09.2017; 17:57 Uhr)

7 Topographie des Terrors: Die nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde. Die Ausstellung des Gedenk- und Informationsortes Tiergartenstraße 4 in Berlin. In: Stiftung Topographie des Terrors. <http://www.topographie.de/ausstellungen/wanderausstellungen/> (02.09.2017; 18:05 Uhr)

Tötungsanstalten ermordet. Die Leichen verbrannte man. Die Angehörigen erhielten anschließend falsche Informationen über die Todesumstände.¹⁰¹¹

Durch die heimliche Predigt von Bischof Graf von Galen im August 1941 und andere Justiz- und Kirchenvertreter erfuhr die Bevölkerung über die Morde.¹² Wegen der darauffolgenden Proteste wurde fortan nicht mehr durch Gas getötet, sondern durch Medikamente und Nahrungsentzug.¹³ Im Rahmen der „dezentralen Euthanasie“ wählten Arzt- und Pflegepersonal ab 1941 ohne übergeordnete Zentrale die Patienten und Patientinnen für ihre Tötungen selbst aus. Das betraf ca. 90 000 Personen.¹⁴¹⁵

Über 200 000 Menschen fielen der Aktion T4 zum Opfer.¹⁶

Eine erste strafrechtliche Aufarbeitung erfolgte im Hadamar-Trial 1945.¹⁷¹⁸ Weiteres bedeutendes Strafverfahren war der Nürnberger Ärzteprozess. Einige der Täter wurden zum Tode verurteilt, viele konnten jedoch ihre medizinische Tätigkeit auch nach dem Krieg fortsetzen.¹⁹²⁰

Vom Bundesentschädigungsgesetz BEG vom 18. September 1953 wurden die Betroffenen und Angehörigen ausgenommen.²¹²²²³

Möglichkeiten der finanziellen Entschädigung ergaben sich erst mit der Gesetzgebung der 1980er-Jahre. Diese waren immer mehr erweitert worden.²⁴²⁵

Tatsächlich ist die Sterilisation von Minderjährigen erst seit dem Betreuungsgesetz vom 1. Januar 1992 in Deutschland verboten.²⁶

-
- 8 T4-Denkmal: Planung und Organisation. <https://www.t4-denkmal.de/Planung-und-Organisation> (02.09.2017; 18:15 Uhr)
 - 9 Adolf Hitler. 01.09.1939: Ermächtigungsschreiben. In: Gedenkort T4. Loose, Ingo: Aktion T4. <http://gedenkort-t4.eu/de/vergangenheit/aktion-t4>.
 - 10 Loose, Ingo: Aktion T4. In: Gedenkort T4. <http://gedenkort-t4.eu/de/vergangenheit/aktion-t4> (02.09.2017; 18:22 Uhr)
 - 11 T4-Denkmal: Die T4-Morde. In: <https://www.t4-denkmal.de/Die-T4-Morde> (02.09.2017; 18:23 Uhr)
 - 12 T4-Denkmal: Kirchenvertreter. In: <https://www.t4-denkmal.de/Kirchenvertreter> (02.09.2017; 18: 29 Uhr)
 - 13 Loose, Ingo: Aktion T4. In: Gedenkort T4. <http://gedenkort-t4.eu/de/vergangenheit/aktion-t4> (02.09.2017; 18:22 Uhr)
 - 14 T4-Denkmal: Dezentrale Euthanasie. <https://www.t4-denkmal.de/Dezentrale-Euthanasie> (02.09.2017; 18:41 Uhr)
 - 15 Hoffmann, Ute. 2013: Zum Hintergrund. In: Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen Euthanasie und Zwangssterilisation. http://www.ak-ns-euthanasie.de/zum_hintergrund/ (02.09.2017; 17: 48 Uhr)
 - 16 Bundesarchiv, 2013: „Euthanasie“ im Nationalsozialismus. <https://www.bundesarchiv.de/benutzung/zeitbezug/nationalsozialismus/00303/index.html.de>; Artikeldatum: 15.06.2013; 12:22 Uhr
 - 17 Birkenfeld, Gabriel, Zeuch. 2013: Die Euthanasie Gedenkstätte Hadamar – Materialsammlung; In: LWV Hessen (11)
 - 18 Schweizer-Martinschek, Petra: Strafverfolgung der Täter. In: Gedenkort T4: <http://www.gedenkort-t4.eu/de/gegenwart/strafverfolgung-der-taeter> (02.09.2017; 18:52 Uhr)
 - 19 T4-Denkmal: Strafverfolgung. <https://www.t4-denkmal.de/menustuctures/view/39> (02.09.2017, 18: 55Uhr)
 - 20 Schweizer-Martinschek, Petra: Strafverfolgung der Täter. In: Gedenkort T4: <http://www.gedenkort-t4.eu/de/gegenwart/strafverfolgung-der-taeter> (02.09.2017; 18:52 Uhr)
 - 21 Hockerts, Hans Günter. 2013: Wiedergutmachung in Deutschland 1945 – 1990. Ein Überblick. In: Bundeszentrale für Politische Bildung
 - 22 Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten: Zeittafel zur Entschädigungspolitik für Zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Geschädigte; In: <https://www.euthanasiegeschaedigte-zwangssterilisierte.de/themen/entschaedigung/zeittafel-entschaedigungspolitik-fuer-zwangssterilisierte-und-euthanasie-geschaedigte/> (02.09.2017; 19:18 Uhr)
 - 23 T4-Denkmal: Entschädigung der Opfer; <https://www.t4-denkmal.de/Entschaedigung-der-Opfer> (02.09.2017; 19:19 Uhr)
 - 24 Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten: Zeittafel zur Entschädigungspolitik für Zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Geschädigte; In: <https://www.euthanasiegeschaedigte-zwangssterilisierte.de/themen/entschaedigung/zeittafel-entschaedigungspolitik-fuer-zwangssterilisierte-und-euthanasie-geschaedigte/> (02.09.2017; 19:18 Uhr)
 - 25 Bundesministerium der Finanzen. 2012: Entschädigung von NS-Unrecht – Regelungen zur Wiedergutmachung. (24)
 - 26 Positionspapier der Staatlichen Koordinierungsstelle nach Art. 3 3 UN-BRK: Zwangssterilisation. 2017, S. 3

Das im Nationalsozialismus zugrunde gelegte „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurde vom Deutschen Bundestag seit dem Jahr 2007 als NS-Unrecht geächtet.

Mahnung für die heutige Zeit

Erst im vergangenen Jahr sorgte Björn Höcke von der AfD im MDR-Sommerinterview mit seiner Äußerung über Inklusion als „Ideologieprojekt“, von dem man „befreien“ müsse, für harte Kritik.^{27,28}

Laut der Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ vom Bundesfamilienministerium im Jahr 2011 sind Frauen mit Behinderung häufiger Opfer von Gewalt in unserer Gesellschaft.²⁹

Diskriminierung durch Behinderung bleibt ein häufiger Beratungsanlass z.B. bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.³⁰

Auch lässt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention trotz der gelobten Fortschritte noch deutlich zu wünschen übrig.^{31,32}

Es bleibt demnach noch reichlich zu tun!

27 Graubner M., Polster J. Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland e.V. verurteilt aufs Schärfste die Äußerungen des Thüringer AfD-Mitglieds Björn Höcke im Sommerinterview des MDR, dass Inklusion, also die Unterrichtung von Kindern mit Behinderungen an Regelschulen, eines von mehreren „Ideologieprojekten“ sei. Es gelte, das Bildungssystem davon zu „befreien“. (Zugriff 14.01.2024; <https://www.abid-ev.de/der-allgemeine-behindertenverband-in-deutschland-e-v-verurteilt-aufs-schaerfste-die-aeusserungen-des-thueringer-afd-mitglieds-bjoern-hoecke-im-sommerinterview-des-mdr-dass-inklusion-also-die-unterr/>)

28 MDR. Zeitungsanzeige gegen Höcke: Sozialverbände kritisieren Thüringer AfD-Chef in "Welt am Sonntag" vom 28.08.2023 (Zugriff 14.01.2024: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/kritik-hoecke-zeitung-sozialverbaende-100.html>)

29 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2014: Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/gewalt-gegen-frauen-mit-behinderungen/80650> (03.09.2017; 10:15 Uhr)

30 Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Behinderung/Chronische Krankheiten. (Zugriff 14.01.2024: <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-diskriminierung/diskriminierungsmerkmale/behinderung-und-chronische-krankheiten/behinderung-und-chronische-krankheiten-node.html>)

31 Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland ABiD e.V. Von 2018 bis 2023 wurde die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland zum zweiten Mal vom UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Ausschuss) geprüft. (Zugriff 14.01.2024: <https://www.abid-ev.de/von-2018-bis-2023-wurde-die-umsetzung-der-un-behindertenrechtskonvention-un-brk-in-deutschland-zum-zweiten-mal-vom-un-fachausschuss-fuer-die-rechte-von-menschen-mit-behinderungen-ausschuss-geprueft/>)

32 Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. (Zugriff 14.01.2024: <https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Meldungen/2023/umsetzung-der-un-behindertenrechtskonvention.html>)